

men der Einbeziehung des Publikums hinaus könnten Stadtteil-Sender von interessierten Bürgergruppen genutzt und mit Hilfe des Rückkanals als Kommunikationsinstrument ausgebaut werden. Es besteht technologisch durchaus die Chance, so ein Stück Gegenöffentlichkeit und dezentrale Bildungs- und Kulturarbeit im Stadtteil zu realisieren (Müller u.a. 1980).

5) Zur Stärkung des demokratischen Bewußtseins und der Persönlichkeitsentwicklung muß auch die berufliche, vor allem aber die politische und kulturelle Bildung ausgeweitet werden. Dezentrale betriebs- und stadtteilbezogene Bildungs-, Freizeit- und Kulturaktivitäten mit einem Bezug zur Lebenssituation insbesondere der gesellschaftlich Benachteiligten verdienen eine wesentlich größer dimensionierte Förderung. Dabei kommt es vor allem auf die Initiierung von längerfristigen Lernprozessen mit einer Handlungsrelevanz an, die zur Humanisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse beiträgt.

## 2. Arbeiterbewußtsein und Klasseninteressen in der Wirtschaftskrise

Ein Ziel unserer Untersuchung über „Rationalisierung, Krise und Arbeiter“ auf den Werften (Schumann u.a. 1982) bestand darin, einen empirisch fundierten Beitrag zur Diskussion um das 'Krisenbewußtsein' der Arbeiter zu leisten. Die differenzierte Analyse der objektiven Krisenauswirkungen sowie der subjektiven Krisenwahrnehmung, Krisenanalyse und Krisenreaktion von Werftarbeitern sollte zur Klärung z.B. der Fragen nach der Einschätzung

- der mit der Krise verbundenen Interessenverletzungen und Gefährdungen
- der klassenspezifischen Verteilung von Krisenlasten
- der Veränderungen des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern sowie des eigenen Anspruchsniveaus
- der Ursachen der Krisenentwicklung
- der Krisenlösungsmöglichkeiten, der eigenen Lösungsbeiträge sowie der Rolle von Betriebsrat, Gewerkschaft und Staat

durch die Arbeiter dienen. Damit wird zugleich eine Grundlage für Interpretationen geschaffen, die sich auf das Verhältnis der Arbeiter zu den Gewerkschaften (Krise der kooperativen Politik, Legitimationskrise?) und zum Staat (Staatsfixierung, Legitimationskrise?) beziehen.

Den folgenden Ausführungen liegt die qualitative Auswertung des „Krisenteils“ von 119 thematisch strukturierten Intensivinterviews mit Werftarbeitern aus zwei Großbetrieben (homogene Arbeitsgruppen von Rohrschlossern, Schiffsbauern und Schweißern in „Umstellungsbereichen“) zugrunde. Expertengespräche und Datenerhebungen in den Betrieben sowie Sekundäranalysen bilden die Basis für die Darstellung der objektiven Krisenbetroffenheit der Belegschaften. Die mit einem Teil der Befragten durchgeführten Gruppendiskussionen haben die bei den Interviews und ihrer Auswertung gewonnenen Eindrücke weitgehend bestätigt; sie erwiesen sich ebenso als nicht systematisch auswertbar wie einige während der Projektarbeit im Rahmen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit durchgeführte Seminare. Die Interviews wurden Ende 1977 und Anfang 1978 in den beiden Werftbetrieben während der Arbeit durchgeführt, vollständig vom Tonband abgeschrieben und nach der Entwicklung der Auswertungsschemata von Ende 1979 bis Anfang 1981 ausgewertet. Die Bildung der Auswertungskategorien erfolgte in einem zeitaufwendigen Prozeß der wechselseitigen Annäherung von theoretischen Vorüberlegungen und dem Denken der Arbeiter „am Material“ (durch eine Vielzahl von Probeauswertungen); dieses Vorgehen sollte ein „Durchfallen“ der Arbeiterüberlegungen durch ein zu abstraktes Netz verhindern und eine vergleichbare analytische Erfassung des Bewußtseins ermöglichen. Die Auswertung erfolgte nach Themenkomplexen, in die alle relevanten Interviewpassagen (unabhängig von der jeweiligen „Stelle“) einbezogen wurden; jedes Interview wurde nach analytischen Gesichtspunkten umdiktiert und eingestuft, bevor Gruppenbildungen erfolgten (nähere Ausführungen zur Methode und Durchführung der Untersuchung in: Schumann u.a. 1982, 39 ff).

Zunächst soll geklärt werden, wie die Arbeiter die Krise und ihre Folgen für die eigene Situation wahrnehmen. Die Werftarbeiter sahen sich mit Entlassungen, z.T. erheblichen Einkommenseinbußen und Arbeitsverschlechterungen konfrontiert, ohne daß man hier eine Verbesserung erwartete. Entsprechend wurde die Lage der Werften als krisenhaft definiert und der eigene Arbeitsplatz durchgängig als gefährdet angesehen. Überraschenderweise hatte diese Bedro-

hung aber keineswegs massive Ängste in Bezug auf die eigene Existenz ausgelöst, obwohl auch die weitere Entwicklung im Schiffbau und in der Gesamtwirtschaft skeptisch beurteilt wurde. Die reduzierte Dramatik bei der Krisenwahrnehmung und die Haltung des „Mit-der-Krise-leben-könnens“ sind keineswegs als „Verdrängung“ zu fassen, sondern diese Auffassungen haben durchaus materielle Hintergründe. Dies wird an drei Aspekten der Argumentation deutlich:

- Bei aller Krisenbetroffenheit vor allem einzelner Branchen wurde die gesamtwirtschaftliche Situation 1977/78 nicht als katastrophisch zugespitzt eingeschätzt.
- Die von der Gefährdung des Arbeitsplatzes ausgehende Bedrohung der eigenen Lebenssituation hielt sich nach Ansicht der Werftarbeiter in Grenzen.
- Auch in der — zumindest kurzfristig für möglich gehaltenen — Arbeitslosigkeit wurde keine existentielle Bedrohung gesehen. Die Arbeiter verwiesen auf eine Reihe von individuellen und gesellschaftlichen Abfederungen.

Die reduzierte Dramatik der persönlichen Krisenbetroffenheit war keineswegs als Ausdruck von Illusionen über die eigene unabhängige Stellung zu verstehen, sondern ging vielmehr mit Einsichten in die eigene lohnabhängige Position einher.

- So wurde die erhöhte Anpassungs- und verminderte Widerstandsbereitschaft der Arbeiter oft unmittelbar mit dem expliziten Hinweis auf die eigene Lohnabhängigkeit begründet.
- Die große Mehrheit der Werftarbeiter registrierte die klassenspezifische Verteilung der Krisenlasten sehr deutlich und drückte dies häufig mit dem Topos „Es trifft immer den kleinen Mann“ aus.
- Die Arbeiter sahen eine deutliche Verschlechterung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit zu ihren Lasten, die der Vertretung von Arbeiterinteressen auch machtpolitische Grenzen setzte.

Die sich bei der Betrachtung von Krisenfolgen andeutenden Einsichten in den Kapitalismus setzten sich bei den Äußerungen zu den Krisenursachen i.d.R. nicht fort. Dazu gab es bei den Werftarbeitern keine eindeutig strukturierten konsistenten Vorstellungen: Dieselbe Person griff oft auf unterschiedliche Argumentationsmuster (quasi-naturhafte, marktökonomische oder kapitalismuskritische Erklärungsansätze) zugleich zurück. Zwar erwähnte ein Drittel der Befragten durchaus auch Profitinteressen als relevanten Faktor (z.B. als Ursache für arbeitsplatzvernichtende Rationalisierungen), insgesamt dominierten aber eher vordergründige Überlegungen im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung. Die preisgünstigere ostasiatische Konkurrenz, der rückläufige Welthandel mit der Folge eines geringeren Schiffbedarfs und Überproduktions- und Marktsättigungstendenzen lieferten oberhalb der Ebene des kapitalistischen Systems oft mehr beschreibende als analysierende Begründungen für die wahrgenommenen Krisentendenzen. Weder der Verweis auf die Überproduktion noch auf die zwangsläufige Wiederkehr von Krisen („wie Ebbe und

Flut“) dürfen als Ausdruck marxistischer Kapitalismuskritik mißverstanden werden.

Nach unseren Ergebnissen förderte die Krise bei den Werftarbeitern die Einsicht in die eigene lohnabhängige Stellung; bei der Benennung von Krisenursachen geriet zumindest in einer wichtigen Argumentationslinie das Kapital in den Blick. Wenn die Vermutung sich bestätigen sollte, daß die Krise eine Entwicklung des widersprüchlichen Arbeiterbewußtseins zur Klasse für sich einleitet, müßte sich dieses schließlich in der Herausbildung antikapitalistischer Krisenlösungsperspektiven niederschlagen.

Die empirisch vorfindlichen Lösungsvorstellungen der Werftarbeiter waren aber durch eine große Offenheit gekennzeichnet und boten Ansatzpunkte für sehr unterschiedliche Interpretationsrichtungen; insbesondere die spontane Neigung bzw. Zustimmung zu allen kurzfristig erfolgversprechenden Maßnahmen führte zur Aufnahme von Überlegungen aus gegensätzlichen Positionen und macht alle Versuche einer Typisierung von Krisenlösungsperspektiven problematisch. Für die überwiegende Mehrheit waren staatliche Beiträge zur Krisenlösung lediglich im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung als Wirtschaftshilfe (Subventionen, Aufträge, politische Regelungen) vorstellbar. Nur sie versprachen kurzfristig Konkurrenzfähigkeit und „Arbeit“, und diesem Zweck schien eher ein Bündnis mit dem Unternehmen zu dessen Stärkung zu dienen als eine antikapitalistische Kampforientierung. Die wesentliche Funktion gewerkschaftlicher Politik und von eigenem Handeln sah man darin, Druck auf den Staat auszuüben — der Staat erschien als „letzter Retter“. Da sich das Interesse am Arbeitsplatzergänzung als Interesse an der Sicherung des „eigenen Betriebes“ vermittelte, diskutierte man die Entlassungen von großen Teilen der Belegschaft häufig verständnisvoll und bezog den Erhalt der Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens in die eigene Disposition ein.

Tendenziell systemkritische Ansätze zur Krisenlösung wurden nur von einer Minderheit der Werftarbeiter vorgetragen. Die Vorschläge reichten von einer Arbeitszeitverkürzung und einem Belastungsabbau (vor allem durch großzügigere Vorgabezeiten oder bessere Personalausstattung) über eine finanzielle Mehrbelastung der Unternehmer und der Besserverdienenden und eine staatliche Auflagenpolitik (Arbeitsplatzgarantie bei Subventionen) bis hin zu Vergesellschaftungsforderungen. Diese Vorschläge verdichteten sich aber i.d.R. nicht zu einem geschlossenen und hart durchzusetzenden Lösungskonzept.

Etwa ein Drittel der Arbeiter bezog auch autoritär-nationalistische Vorstellungen in die Überlegungen zur Krisenlösung ein: Diese reichten von der Ausweisung der Ausländer über verstärkte Disziplinierungen und verschärften Protektionismus bis hin zu Forderungen nach einer Einschränkung der Demokratie.

Diese Ergebnisse zeigen deutlich, daß sich die Komplexität des Denkens von Arbeitern (den Begriff „gesellschaftliches Denken“ haben Braun/Fuhrmann zurecht eingeführt, vgl. Braun/Fuhrmann 1970) vorschnellen Etikettierungen entzieht. Erst der bewußte Verzicht

auf standardisierte Methoden und die Vorab-Konstruktion von „Bewußtseinstypen“ hat den Blick freigelegt für eine differenzierte empirische Analyse des Arbeiterdenkens, die den Menschen und ihren reichhaltigen Äußerungen und Überlegungen gerecht wird und vorhandene Widersprüchlichkeiten und Offenheiten als solche benennen kann. Das thematisch strukturierte Intensivinterview und die themenbezogene qualitative Auswertung des Materials erwiesen sich dabei als Grundbedingung für die Erfassung der „wirklichen Gedanken“ der Arbeiter: oft wurden z.B. bestimmte Antworten erst präzisiert, nachdem eine andere Frage gestellt wurde oder der Themenkomplex im weiteren Interviewverlauf noch einmal zur Sprache kam, und es wurden pauschale oder mit Beispielen belegte Erklärungen abgegeben (z.B. „die Arbeitslosen wollen ja gar nicht arbeiten“, „ich kenne einen Arbeitslosen, der hat keine Lust und dem geht es blendend“) und später (z.T. auf Nachfragen) präzisiert (z.B. „das gilt vielleicht für 10 Prozent der Arbeitslosen, der Rest will arbeiten und hat es sehr schwer“). Die ausführliche Darstellung von Arbeitersichtweisen zeigt außerdem, daß aus der von der Außenwarte vorgenommenen Beobachtung von Klassenhandlungen (z.B. Nichthandlung, 'politische Passivität') keineswegs die Unterstellung abgeleitet werden kann, „die Arbeiterschaft“ würde auf eine differenzierte intellektuelle Auseinandersetzung mit ihrer Realität verzichten; das schnelle Ausweichen in psychoanalytische Kategorien zur Erklärung oberflächlich beobachteter Realität verstellt eher den Blick für die notwendigen soziologischen und politischen Analysen, die allein die Chance zur Entwicklung von Perspektiven der Arbeiterbewegung eröffnen (vgl. Mahnkopf 1982). Es war die „am Material“ vorgenommene systematisierende soziologische Analyse, die die Erfassung der verschiedenen, von Arbeitergruppen vorgetragenen Einschätzungen ermöglicht hat — die Komplexität und die Bandbreite der Äußerungen von Individuen ließen den Versuch der am Einzelinterview vorgenommenen Bestimmung (und biographischen Erklärung) von „Deutungsmustern“ vor allem unter dem Aspekt von Gruppenbildungen als wenig aussichtsreich erscheinen und machten zugleich klar, wie schnell die Grenzen der „Ableitbarkeit“ von Bewußtseinsstrukturen erreicht sind.

Unsere Untersuchung belegt zwar nicht den „Zerfall des Klassenbewußtseins“ von Arbeitern (Kern/Schumann 1970), wohl aber die

das Bewußtsein prägende Widersprüchlichkeit und Inkonsistenz ihrer Überlegungen; es ist zu vermuten, daß diese das Alltagsbewußtsein kennzeichnenden (zum großen Teil objektiv bedingten) Widersprüche und Inkonsistenzen auch durch die Statements von (in unserer Untersuchung nicht repräsentierten) „durchgeschulten“ Marxisten eher überlagert denn wirklich aufgelöst werden. Daß zentrale Widersprüchlichkeiten im Arbeiterdenken keineswegs Ausdruck von intellektuellem Unvermögen, sondern Hinweis auf eine widersprüchliche objektive Situation ist, läßt sich exemplarisch am Umgang mit dem in der Krisendiskussion thematisierten Begriff „Rationalisierung“ illustrieren. So kann es sein, daß eine Person sowohl profitmotivierte Rationalisierungen als Ursache der Arbeitslosigkeit ausmacht und das hektische Arbeitstempo angesichts fehlender Aufträge kritisiert als auch dem Unternehmer das Versagen vor der Notwendigkeit von rechtzeitigen (modernisierenden) Umstellungen nachsagt; auf der Ebene der strategischen Perspektive wird sowohl die Verbesserung der betrieblichen Konkurrenzposition durch Rationalisierung als auch die Bindung staatlicher Hilfen an die Beschäftigungsaufgaben zur Verhinderung rationalisierungsbedingter Entlassungen gefordert. Man darf den Arbeitern aber nicht das Scheitern bei der Lösung eines Problems vorwerfen, dem selbst Wissenschaftler, Gewerkschaften und sogar kommunistische Parteien relativ hilflos gegenüberstehen: auch sie weisen angesichts einer auf (Rohstoff-)Importe angewiesenen und weltmarktabhängigen Wirtschaft immer zugleich auf die Notwendigkeit zu Modernisierung und Rationalisierung sowie auf das Ziel von Vollbeschäftigung und Humanisierung hin (vgl. z.B. PCI 1978). Die strukturelle Stellung des Arbeiters als lohnabhängiges Objekt unternehmerischer Entscheidungen und seine zumindest vordergründige existentielle Bindung an die Existenz des ihn beschäftigenden Unternehmers — und die realistische Wahrnehmung dieser Abhängigkeit — ist ein zentrales Moment zur Erklärung der Bereitschaft der Arbeiter (und der Gewerkschaften), „systemeffiziente Sanierungsstrategien“ (Esser u.a. 1979) mitzutragen — zumindest solange, wie es keine kurzfristig erfolgversprechenden Kampfperspektiven gibt oder ganze Belegschaften „überflüssig“ zu werden drohen (und auch Betriebsschließungen können sich relativ „geräuschlos“ vollziehen, vgl. Lichte 1978). Die klare Sicht der klassenspezifischen Verteilung der Krisenlasten durch die Ar-

beiter unterstreicht, daß es weniger an der Einsicht in den „abstrakten“ Interessengegensatz von Lohnarbeit und Kapital, als vielmehr an einer gegen das in der Krise auch in Mitleidenschaft gezogene Kapital gerichteten betriebs- und branchenspezifischen Perspektive fehlt (hier kommt es dann trotz der Wahrnehmung des grundlegenden Interessengegensatzes von Lohnarbeit und Kapital zu partiellen und handlungsleitenden Interessenidentitäten, die weder durch Agitation noch durch „Schulung“ kurzfristig praktisch auflösbar sind).

Bevor auf diesen Aspekt näher eingegangen wird, soll anhand von weiteren Widersprüchlichkeiten auf Differenzen zwischen vordergründig-plausiblen und durchdachteren Positionen der Arbeiter hingewiesen werden. So wurde das Verlangen nach Aufträgen, die allein die Beschäftigung dauerhaft sichern können, einerseits spontan als Forderung nach Rüstungsaufträgen konkretisiert — andererseits aber bewußt auf die Möglichkeit der Entwicklungshilfe in Form von Passagierschiffen und auf die der Ankurbelung der Wirtschaft durch eine Kürzung der 'unproduktiven' Rüstungsausgaben hingewiesen. Auch die Forderung nach einer privilegierten Entlassung von Ausländern und einer Verstaatlichung der Werften wurden aus einer pragmatischen, auf kurzfristige Erfolge ausgerichteten Interessendefinition heraus vorgetragen, die bei gründlicherer Reflektion zwar durchaus relativiert wurde (die Ausländer müssen menschlich behandelt werden; Verstaatlichungen führen zu Problemen wie in den Ostblockstaaten), trotzdem aber z.T. auch gegen gewisse eigene Überzeugungen handlungsleitenden Charakter bekommen konnte (z.B. bei der Demonstration für die Lieferung von U-Booten an das faschistische Chile). Auch der Widerspruch zwischen Klagen über die deutlich zunehmende Konkurrenz unter den Arbeitern und der Bekundung der Bereitschaft zu Solidarität bei gewerkschaftlichen Streiks erweist sich als Ausdruck der Differenz zwischen alltäglichen und ausnahmsweise gegebenen Handlungsbedingungen und signalisiert die auch in der Krise (zumindest bisher) nicht gebrochene Fähigkeit der Arbeiter zu kollektiven Klassenaktionen; das weitgehende Ausbleiben solcher Aktivitäten scheint weniger ein Indiz für fehlende Einsichten und die „Existenz der Klasse“ als vielmehr ein Hinweis auf fehlende kämpferisch durchzusetzende kollektive Veränderungsperspektiven zu sein.

Über die beschriebenen Widersprüche und Inkonsistenzen (z.B.

Krisenanalyse mit stark antikapitalistischen Elementen und Krisenlösungsperspektive mit primär prokapitalistischen Forderungen) hinaus, in der auch eine Neigung (nicht Beschränkung) zu vordergründig-plausiblen Statements und kurzfristig erfolgversprechenden Interessenartikulationen deutlich geworden ist, konnten wir häufig einen „Dualismus der sozialen Orientierung“ (Braun/Fuhrmann 1970, 455) feststellen; so wurde z.B. die Arbeitslosigkeit aus der 'Fernperspektive' („denen geht es allen zu gut“) völlig anders als aus der 'Nahperspektive' beurteilt („ich könnte mit dem Arbeitslosengeld nicht auskommen“) und z.B. die 'abstrakte' Formulierung von dem in der Bundesrepublik zu hohen Lohnniveau in Anbetracht des eigenen Lebensstandards sofort wieder zurückgenommen.

Der Hinweis darauf, daß viele der hier beispielhaft erläuterten unterschiedlichen Sichtweisen von ein und derselben Person im Laufe eines Interviews vorgetragen wurden, soll noch einmal unsere Skepsis gegenüber Typisierungen des Bewußtseins unterstreichen und klarmachen, warum wir von einer weitgehenden Offenheit des Arbeiterdenkens ausgehen, das auch durch das Addieren scheinbar eindeutiger Kreuze in standardisierten Umfragen, das Zitieren von besonders „starken Sprüchen“ oder den Hinweis auf bestimmte Aktionen keineswegs als in die eine oder andere Richtung festgelegt beschrieben werden kann.

Nach den Befunden unserer Untersuchung ist der Umgang der Arbeiter mit „der Krise“, die Wahrnehmung ihrer Situation in der Wirtschaftskrise, durch einen durchaus erfahrungsgesättigten hohen Realitätsgehalt gekennzeichnet — auch wenn sich bestimmte Einschätzungen nicht in Deckung mit einem sozialwissenschaftlichen Krisenbegriff befinden. Die Werftarbeiter haben das Ausmaß der Bedrohung im Schiffbau und die Gefährdung ihres Arbeitsplatzes klar gesehen, die gesamtwirtschaftliche Lage trotz der einen Million Arbeitslosen (1977/78) aber nicht als katastrophal zugespitzt bewertet; die von den meisten Arbeitern (z.T. trotz zeitweiliger eigener Arbeitslosigkeit) auch im Vergleich mit dem Lebensstandard in anderen Ländern erfahrene Verbesserung ihrer materiellen Lage („es ist uns noch nie so gut gegangen wie heute“), spezifische individuelle Absicherungen (von Haus- und Grundbesitz über einen sicheren Arbeitsplatz der Frau bis hin zur möglichen Auslastung durch Schwarzarbeit) und die Aussicht



auf eine zumindest zeitweilige Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung nahmen „der Krise“ weitgehend den Charakter einer zentralen existentiellen Bedrohung, zumal konjunkturelle Schwankungen und der Zwang zum Betriebswechsel für Arbeiter einen gewissen Normalitätsgrad haben und die Möglichkeit der Übernahme anderer Tätigkeiten nicht ausgeschlossen wurde ( selbst die Werften suchten z.T. trotz „Krise“ Facharbeiter). Damit soll den Arbeitern keineswegs die Ignoranz von deutlichen Interessenverletzungen unterstellt und auch nicht die problemlose Bewältigung einer ökonomischen Verschlechterung behauptet werden, zumal die Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Lage angesichts von über 2 Millionen Arbeitslosen und verschärften Zumutbarkeitsregelungen beim Arbeitslosengeld sicherlich pessimistischer ausfallen dürfte — man muß aber eine eben nicht mit dem Elend der Weltwirtschaftskrise 1929 vergleichbare Situation und soziale Erfahrungen der beschäftigten Arbeiter als Hintergrund einer reduzierten Dramatik bei der Krisenwahrnehmung zur Kenntnis nehmen, auch wenn die Tendenz, für sich selbst nicht unbedingt von den schlimmsten aller möglichen Fälle auszugehen, durchaus eine „Verdrängungskomponente“ enthalten kann. Das von uns beschriebene Krisenbild der Arbeiter ist nicht mit einer „Leugnung“ (Zoll 1981) von Krisentendenzen und Krisenbetroffenheit zu verwechseln und erübrigt keineswegs die Auseinandersetzung mit möglichen Ursachen und Lösungsperspektiven, reduziert aber möglicherweise für die Arbeiter den Problemdruck.

Auf der Basis dieser nur begrenzt dramatischen Krisenwahrnehmung ist auch zu verstehen, daß die Solidarität und die Handlungsfähigkeit der Arbeiter (als Arbeitsgruppe, Belegschaft und Teil der Klasse) bei aller krisenbedingten Schwächung (verstärkte Konkurrenz untereinander, Angst vor Entlassung) keineswegs völlig gebrochen ist; ein solches Handeln zur Vertretung der eigenen Interessen (das sich dem Blick der mit dem Instrument der Befragung arbeitenden sozialwissenschaftlichen Bewußtseinsforschung in der Tat häufig entzieht, nicht zuletzt, weil die Arbeiter sich an viele 'kleinere' Aktivitäten nur schwer erinnern und ihnen auch nicht den hohen Stellenwert beimessen wie Sozialforscher) kann in den Werften auch unter Krisenbedingungen festgestellt werden, sei es in Form der Verweigerung bestimmter Arbeiten, sei es im Kampf um ausreichende Vorgabezeiten (durch

Arbeitsniederlegung oder 'Bummelei'), sei es die Beteiligung an gewerkschaftlichen Warnstreiks oder die Entwicklung betrieblicher Aktionen für einen verbesserten Arbeits- und Gesundheitsschutz (vgl. hierzu Brock/Einemann 1983). Die Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik sieht sich zwar durch die anhaltende Krise und hohe Arbeitslosigkeit einem zugunsten der Unternehmer veränderten Kräfteverhältnis ausgesetzt, ist aber — auch im Verständnis der Arbeiter — keineswegs am Ende ihrer Handlungsfähigkeit (wie wohl 1932/33, als ca. 50 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos waren).

Die (notgedrungene) Bereitschaft der Arbeiter, ihr Anspruchsniveau in Bezug auf die Lohnhöhe und die Qualität der Arbeit in der Krise zu reduzieren und auch betriebliche Verschlechterungen um den Preis des Erhaltes eines Arbeitsplatzes in Kauf zu nehmen, ist ebenfalls Ausdruck eines Kalküls mit der Priorisierung eines spezifischen Interesses; die Begründung für die Akzeptanz von zentralen Interessenverletzungen legt größtenteils die schon erwähnte Einsicht in die (lohn-)abhängige eigene Stellung offen: „Ich muß ja arbeiten, um meine Familie zu ernähren“. Der pragmatisch ausgemachte individuelle Zwang zum Verzicht ist allerdings nicht gleichbedeutend mit einer gewerkschaftspolitischen Verzichtsperspektive; fast alle Arbeiter formulieren das Ziel, die Krise möglichst ohne große Einbußen zu überstehen und das erreichte Reallohniveau zu sichern (die häufig benutzte Formel von Lohn- und Preisstops deutet dabei den Kompromiß zwischen den eigenen Lebensinteressen und dem Interesse an der Weltmarktkonkurrenzfähigkeit des Betriebs an) — hierin wird auch die Hauptfunktion der Gewerkschaften gesehen, der für eine 'angemessene' und 'realistische' Tarifpolitik durchaus Folgebereitschaft bis hin zum Streik signalisiert wird.

Insgesamt kann festgehalten werden, daß die richtige Wahrnehmung ihrer realen Lage durch die Arbeiter weder als Beleg für die Verbürgerlichung der Arbeiterklasse noch als Hinweis auf die Dominanz von Illusionen über die eigene abhängige Stellung interpretiert werden kann; unsere Untersuchung weist bei den Arbeitern zumindest für eine Krisenphase klassenspezifische Einschätzungen und die (wenn auch geschwächte) Bereitschaft zur Durchsetzung von Klasseninteressen nach, ohne allerdings — vor allem aufgrund der unklaren Perspektiven — zu interpretativen Überhöhungen zu neigen. Die Analyse der

Krisenursachen und die Krisenlösungsvorstellungen der Arbeiter legen zwar Anknüpfungspunkte für eine aktive Politik der Arbeiterbewegung frei, verdeutlichen aber auch die wenig entwickelte Diskussion und die große Offenheit des Arbeiterbewußtseins für unterschiedliche Interpretationsansätze.

Das Urteil der Arbeiter über die Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist durch eine große Unsicherheit gekennzeichnet, in der auf alle auch nur annähernd plausiblen Erklärungsmuster (auch wenn sie sehr unterschiedlich und widersprüchlich sind) zurückgegriffen wird: Theoreme wie das der billiger produzierenden „internationalen Konkurrenz“ und das der (keineswegs als Ausdruck 'marxistischen Denkens' zu verstehenden) „Marktsättigung“ (womit oft zugleich auf die umfangreiche eigene Ausstattung mit Konsumgütern hingewiesen wird) fehlen in kaum einem Arbeiter-Statement. Die gerade im Schiffbau ausgeprägte Abhängigkeit vom Weltmarkt (so schlagen z.B. sinkende Ölimporte oder Schwankungen des Dollar-Kurses schnell durch) und das Wissen um kostengünstigere Produktion im Ausland (vor allem in Südostasien) tragen zentral dazu bei, daß die Krise eher auf weitgehend unbeeinflussbare weltwirtschaftliche „Verwerfungen“ als explizit auf spezifisch kapitalistische Verwertungsprobleme zurückgeführt wird; in dieser Krisenanalyse liegt — auch bei der zusätzlichen Artikulation von Einsicht in den Profitmechanismus als die Arbeitslosigkeit verstärkende Größe (es gibt hier keine Typisierungen erlaubendes 'Entweder-Oder') — eine zentrale Grundlage für fehlende Betriebs- und Branchenperspektiven und für eine generelle Skepsis gegenüber den realen Handlungschancen von Interessenvertretern und staatlichen Instanzen. Das wird z.B. deutlich, wenn der Gewerkschaft zwar abstrakt die Arbeitsplatzsicherung als Hauptaufgabe zugewiesen, zugleich aber auf ihre begrenzten Handlungschancen (sie soll z.B. nach Meinung einer starken Minderheit der Befragten die notleidenden Betriebe subventionieren) hingewiesen wird; ein Sachverhalt, der die Unterstellung eines gewerkschaftlichen Legitimationsverlustes als Folge von steigender Arbeitslosigkeit (Müller-Jentsch 1979) weitgehend ausschließt. Ähnliches gilt auch für „den Staat“, von dem zwar einerseits eine krisenvermeidende Politik verlangt und dem die weitgehende Regulierbarkeit der Branchenkrise im Schiffbau zugetraut wird (wofür z.B. die nach Gesprächen zwischen Betriebsräten und dem

Bundeskanzler erfolgte Begleichung von Millionenverlusten beim Bremer Vulkan im Jahre 1982 spricht) — andererseits sehen die Arbeiter aber sehr klar die Grenzen staatlicher Möglichkeiten, wobei sowohl auf die Macht des Kapitals wie auf Weltmarktbewegungen hingewiesen wird, die sich der nationalstaatlichen Steuerung weitgehend entziehen. So ist auch „der Staat“ selbst für den Fall der härteren Krisenbetroffenheit der „produktiven Kerne“ kaum von Legitimationsproblemen bedroht (Bergmann u.a. 1975, Offe 1972); das Problem des Legitimationsentzugs stellt sich höchstens für eine Regierung, die nicht glaubwürdig vermitteln kann, alles in ihrer Macht stehende zur Krisenlinderung und zur Arbeitsplatzsicherung zu tun. Die Artikulation einer solchen Kritik (auf gesamtwirtschaftlicher Ebene ansetzend) aus der Arbeitnehmerperspektive durch die Gewerkschaften könnte deren Basisverankerung eher weiter stärken, zumal eine zurückhaltende (den Lebensstandard weitgehend sichernde) Tarifpolitik exakt dem reduzierten Anspruchsniveau der Arbeiter entspricht und keineswegs eine „Krise der kooperativen Interessenvertretung“ (Bergmann u.a. 1975) provoziert.

Die Betrachtung der Krisenlösungsvorstellungen der Arbeiter macht ebenfalls die Notwendigkeit von inhaltlichen Differenzierungen deutlich: so ist die „Staatsfixierung“ der Arbeiter an sich ebensowenig positiv oder negativ (sie relativiert sich vielmehr und ist mit unterschiedlichen Inhalten besetzt, die von autoritär-nationalistischen bis hin zu humanitär-sozialistischen Lösungen reichen) wie die Radikalität in Form bestimmter Aktivitäten (weil Streiks auch den Charakter einer Demonstration für den Bau von U-Booten für Faschisten haben können). Es ist die Koexistenz einer weitgehend betriebs- und branchenspezifischen Perspektivlosigkeit und von Forderungen im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung einerseits und dem (von einer Minderheit oft zugleich) artikulierten Interesse an gegen das (nationale) Kapital gerichteten Maßnahmen andererseits, die das Arbeiterbewußtsein charakterisiert. Darin drücken sich weniger „illusionäre Bewußtseinsformen“ (Bierbaum u.a. 1977) als vielmehr die komplexen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen aus, die die objektive Grundlage für die politische Integration der gesamten Arbeiterklasse (der Basis wie der Führung) darstellen. So beruhen der häufig prokapitalistische Charakter staatlichen Agierens (auch von sozialdemokra-

tisch-sozialistischen Regierungen) und die Objektrolle der Arbeiterklasse im gesellschaftlichen Prozeß zentral darauf, daß die herrschenden Klassen ihre spezifischen Interessen in der Regel als beste Sicherung des „Gemeinwohls“ darstellen können, was umgekehrt für die Arbeiterklasse nicht gilt: ein zu großer Schaden für „die Wirtschaft“ führt (zumindest scheinbar und kurzfristig) zur Ruinierung auch der eigenen existenziellen Basis (vgl. hierzu z.B. Miliband 1972 und Poulantzas 1974). Für die krisenbetroffenen Werftarbeiter stellt sich dieser Zusammenhang als Widerspruch zwischen dem eigenen realen und zu verallgemeinernden Interesse am Arbeitsplatzergänzung auf der einen und dem Interesse am Erhalt des Betriebes als existenzielle Grundlage auch um den Preis des Abbaus einer bestimmten Zahl von Arbeitsplätzen auf der anderen Seite dar, der zumindest oberhalb der Ebene der drohenden Werkschließung zu individuellen Kalkülen („Hauptsache es trifft nicht mich“) mit stark entsolidarisierenden Wirkungen führt. Das Sich-Einfügen in die Realität bedeutete für nahezu alle Werftarbeiter, daß der Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes nur als Resultat der Verbesserung des „Wohles des Betriebes“ denkbar war, und das trotz aller Einsicht in den Interessengegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital. Die optimale Interessenvertretung der Belegschaft wurde in Betriebsratsaktivitäten zur Beschaffung von Aufträgen gesehen, Streiks wurden nicht als Beitrag zur Arbeitsbeschaffung gewertet und für den Fall des Ausbleibens staatlicher Hilfen (im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung für „den Betrieb“) durchaus Verständnis für kapitalistische Sanierungsmaßnahmen angedeutet („wenn keine Arbeit da ist, kann der Betrieb auch niemanden beschäftigen“; „besser 1.000 Kollegen werden entlassen als daß der ganze Betrieb dicht gemacht wird“). Im Rahmen einer solchen Sichtweise wird auch mit Betriebsbesetzungen keine Perspektive verbunden (die Produktion von Schiffen wäre nicht vorzufinanzieren, die Schiffe wären nicht absetzbar, ein Verkauf 'unter der Hand', wie z.B. bei Uhren, nicht möglich) und der Forderung nach Verstaatlichung skeptisch begegnet (ein zentraler Einwand: die Arbeitsplätze wären vielleicht etwas sicherer, aber auch ein Staatsbetrieb würde keine wesentlich verbesserten Marktbedingungen vorfinden).

Die Alternativ-Perspektive des „Kampfes um jeden Arbeitsplatz“ steht vor dem Problem des Nachweises, daß eine solche Politik nicht

---

zumindest mittelfristig zu völligen Pleiten und damit zum allseitigen Ruin führt, mithin das „Allgemeinwohl“ (als sehr reale und keineswegs nur ideologische Kategorie) gefährdet. Auch hier liegt ein Legitimationsproblem für Betriebsräte und Gewerkschaften, denen z.B. für eine die betriebliche Effizienz behindernde Politik der gestalteten Einflußnahme (z.B. bei der Einführung neuer Technologien, aber auch bei der Ablehnung von Überstunden unter Hinweis auf Kurzarbeit oder laufende Entlassungen) keineswegs von vornherein die Zustimmung ihrer 'Basis' sicher ist.

Die Suche nach betriebs- und wirtschaftspolitischen Alternativen, nach seriösen Ansätzen zum Abbau und zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit, ist in der Arbeiterbewegung der Bundesrepublik erst in den letzten Jahren intensiviert worden. Aus ihrem Interesse an einer sicheren Existenz haben auch die von uns befragten Werftarbeiter an vielen Stellen (oft 'neben' den skizzierten integrativen Überlegungen) antikapitalistische Krisenlösungsvorschläge artikuliert, die von Arbeitszeitverkürzungen und einem Belastungsabbau (vor allem durch großzügigere Vorgabezeiten oder bessere Personalausstattung) über eine finanzielle Mehrbelastung der Unternehmer und der Besserverdienenden bis hin zu Vergesellschaftungsforderungen (auch wenn der Blick auf Osteuropa häufig negative Assoziationen auslöst) reichen. An diese Forderungen können die 'bewußten Kader', die gewerkschaftlichen Funktionäre, die inzwischen eine deutliche Kritik an der die Arbeitnehmer bei der Verteilung der Krisenlasten klar benachteiligenden Regierungspolitik äußern (nicht etwa in Überwindung „illusorischer“ Interessen an mehr sozialer Gerechtigkeit (Bierbaum 1977), sondern zur Durchsetzung dieser Forderung), durchaus anknüpfen. Die Repräsentanten der Arbeiterbewegung stehen vor der Aufgabe der Entwicklung von nationalen und regionalen wirtschaftspolitischen Perspektiven, die zugleich zur Lösung der betrieblichen Probleme in einer Vielzahl von Branchen beitragen und darüber hinaus politische Prämissen ( Abbau der Rüstungsproduktion, Sicherung der Umweltbedingungen) berücksichtigen. Dabei wird es auf die konkrete Definition eines 'selektiven' oder 'qualitativen' Wachstums ankommen, das nur mit Hilfe von über einen öffentlichen Unternehmenssektor gesteuerten staatlichen Investitionsprogrammen durchsetzbar scheint.

Auch durch radikale Arbeitszeitverkürzungen (für einige Arbeiter

durchaus Bestandteil ihrer 'konkreten Utopie' einer rational und nach Bedürfnissen organisierten 'menschlichen' Welt) nicht auffangbare Beschäftigungsprobleme z.B. im Schiffbau sind nur — was mehrere Arbeiter auch andeuten — durch die Umstellung der Produktion bzw. durch die Bereitstellung anderer Arbeitsplätze zu lösen. Dabei kommt nicht nur die ohnehin wenig aussichtsreiche staatlich geförderte Ansiedlung von Privatunternehmen, sondern vor allem der staatlich abgesicherte (Eigentumsanteile, Öffnung des Wissenschaftsbetriebes, Abnahmegarantien, Einbringen von Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit) Aufbau von „Alternativproduktionen“ (vgl. z.B. Löw-Beer 1981, Huffs Schmid 1981, Einemann/Lübbing 1983) zur Herstellung von gesellschaftlich nützlichen Produkten in Frage. Die z.B. nach dem Vorbild der betrieblichen Aktivisten bei Lucas Aerospace arbeitenden, auch als kritische Reaktion auf die Demonstration von Werftarbeitern für die Lieferung der U-Boote nach Chile gegründeten betrieblichen IG-Metall-Arbeitskreise 'Alternative Fertigung' bei MAK Kiel, Blohm und Voss Hamburg und VFW/MBB Bremen können dazu beitragen, die 'Lücke' zwischen allgemeinen wirtschaftspolitischen Forderungen, politischen Prämissen und betrieblichen Arbeitsplatzproblemen zu schließen und so zur Entwicklung einer „gesellschaftlichen Logik“ der Arbeiterbewegung beitragen, die plausible Perspektiven einer nichtkapitalistischen Zukunft benennt. Damit könnte zugleich ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung des Selbstbewußtseins von Arbeitern geleistet werden, deren Können scheinbar nicht mehr gefragt ist; dies ist ein Hintergrund des Ansatzes der Gewerkschafter von Lucas Aerospace: „Wir sahen ein, daß die Kampfmoral eines Beschäftigten sehr schnell abnimmt, wenn er merkt, daß die Gesellschaft, aus welchen Gründen auch immer, die Produkte, die er macht, nicht haben will. Wir dachten uns deshalb eine Kampagne für das Recht aus, an gesellschaftlich nützlichen Produkten zu arbeiten“ (Cooley 1980, 185).

Es ist evident, daß mit der Frage danach, was und wieviel produziert werden soll, nicht nur die gesellschaftliche Machtfrage gestellt ist; an dieser Schnittstelle zwischen Arbeiter-, Friedens- und Ökologiebewegung eröffnet sich auch die Chance zur Konkretisierung einer gesellschaftlichen Veränderungsperspektive, die die Kluft zwischen radikal-abstrakter Theorie und reformistischer Praxis zu schließen in der Lage ist. Das Ziel, die gesellschaftliche Zukunft auf der Basis der bewußten

Entscheidung der Mehrheit der Menschen zu gestalten, dürfte bei aller Enttäuschung und allem „Abschied vom Proletariat“ (Gorz 1980) nur mit einer Arbeiterklasse durchsetzbar sein, die sich aus der Rolle des 'Objektes der Geschichte' befreit. Für eine solche Emanzipation der Klasse sind heute viele Arbeitnehmerfunktionäre aktiv; die vor allem bei den 'Kadern' beginnenden Diskussionen und die vereinzelte Formulierung deutlich antikapitalistischer Positionen dürfen allerdings nicht mit dem Denken der breiten Masse der abhängig Beschäftigten verwechselt werden (Herkommer u.a. 1979). Prinzipiell scheint es aber durchaus möglich, die große Opferbereitschaft der Arbeitnehmer (notgedrungen zum Arbeitsplatz-Erhalt) an verstärkte Beteiligungsrechte der Interessenvertretungen und die verstärkte gesellschaftliche Steuerung der Unternehmen zu koppeln. Die sich seit 1982 als Reaktion auf die einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer gehende Regierungspolitik (Sparhaushalt, sogenanntes Beschäftigungsprogramm, verschärfte Zumutbarkeitsregelungen bei der Arbeitslosenversicherung) und die die 2-Millionen-Marke erreichende Arbeitslosigkeit abzeichnende Wende in der Beschäftigungs- und Gesellschaftspolitik der Gewerkschaften (verstärkte Offensive, Thematisierung der Probleme in den gewerkschaftlichen Zeitungen und in der Bildungsarbeit), bedarf ohne Zweifel der weiteren inhaltlichen Klärung und der Basisverankerung. Eine solche Politik kann sich weder unter Ausklammerung der Weltmarktbedingungen auf das Greifen keynesianischer Konzepte (vgl. z.B. die kritischen Beiträge von Arndt 1978 und Welsch 1981) noch darauf verlassen, daß sie in den Betrieben bewußt nachvollzogen wird. Die Intensivierung der betriebsnahen Breitenbildung (vgl. z.B. Brock 1980, Hindrichs 1982), die umfassende Diskussions- und Lernprozesse einleiten muß und weder auf die Aufklärung des „Interessengegensatzes von Lohnarbeit und Kapital“ reduziert noch in der Hoffnung auf eine schnelle leitfadenspirierte Korrektur scheinbar allgemeiner und verfestigter „Deutungsmuster“ erfolgen kann (vgl. Markert 1982), sowie die Verbindung von Arbeiterbewegung, aktiver Jugend und kritischer Intelligenz, könnte aber zur Konstitution einer gesellschaftlichen Kraft führen, die mittelfristig von der Bundesrepublik aus einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Lebensinteressen der Menschen zu leisten in der Lage ist (es gibt hier keine „historischen Notwendigkeiten“). Nur eine Intensivierung und Verbreiterung der



Diskussion und die Vermittlung von Kriseneinschätzungen und -lösungsperspektiven bietet darüber hinaus die Chance, die gefährliche, weil vordergründig-plausible Neigung eines Teils der Arbeiter zu autoritär-nationalistischen Formen der Krisenlösung im Ansatz zu bekämpfen; auch hierin liegt eine der zentralen historischen Aufgaben der Gewerkschaften.